

Hälfte der Bürger über Eigentum verfügen, damit das Gleichgewicht der Gesellschaft gewahrt bleiben könnte. Boden sollte in kleineren Einheiten auf den Markt gebracht werden, damit auch weniger Wohlhabende ein Stück Land würden kaufen können. Das schon vorhandene und weiterwachsende große Eigentum wollte Adams aber auf keinen Fall antasten. Im Gegenteil, er hielt solche Eigentumskonzentrationen für unvermeidlich, wollte deren Wachstum durch föderalistische Wirtschaftspolitik sogar beschleunigen, da er dies zum Wohl der Nation für notwendig hielt.

Der amerikanische Politologe Dick Howard sah in Adams den Mann mit dem größten Einfluss auf die Verfassung von Massachusetts. Dieser habe seine Vorstellung von Gesellschaft und Staat hinter der Formel versteckt, tugendhafte Bürger müssten die Republik bilden und die Republik müsse tugendhafte Bürger schaffen. Howard fasst Adams' Strategie wie folgt zusammen:

»Das politische System von John Adams gibt sich die größte Mühe, die Dynamik der politischen Teilnahme des Volkes durch die Repräsentation von gesellschaftlichen Interessen zu bewahren, während es gleichzeitig versucht, diese Art der Repräsentation mit Hilfe eines Systems politischer Filter zu schwächen.«²⁰

7.5 Recht auf Eigentum oder Eigentum als Privileg

Im Vergleich der Verfassungen von Pennsylvania, von Virginia und von Massachusetts steht Massachusetts für die schwachliberale, Virginia für eine mittlere, Pennsylvania für die starkliberale Position. Die Radikalen in der Verfassungsgebenden Versammlung von Pennsylvania hatten aus den Menschenrechten das Recht der Parlamentarier abgeleitet, mit ihrer Mehrheit jede freiheitsfeindliche Anhäufung von Eigentum zu verhindern. Obwohl diese Haltung Jahre später, das heißt bei den Delegierten des Konvents in Philadelphia 1787, keine Mehrheit finden würde, hatten die Radikalen dort nicht alleine gestanden. Denn die Wortführer der Antiföderalisten, allen voran der Farmer George Mason (1725–1792), würden den Entwurf einer Verfassung für die USA als Ganzheit scharf kritisieren, einerseits weil ihnen die Freiheit der Rede und der Schutz vor willkürlichen Verhaftungen nicht gesichert schienen, andererseits weil die Bürger nicht vor wirtschaftlichen Monopolen geschützt würden.²¹

20 Zur Verfassung von Massachusetts unter besonderer Berücksichtigung des Wirkens von John Adams siehe Dick Howard, wie Anm. 5 Kap. 5, S. 160–166, S. 364f, Zitat S. 166.

21 George Mason: *Objections to the Proposed Federal Constitution*, 1787, in: Cecelia M. Kenyon (Hg.): *The Antifederalists*, Indianapolis/Indiana (u.a.O.) 1966, S. 191–195. Deutsche Fassung des Aufsatzes, der als Flugschrift und in Zeitungen erschien, in Angela Adams, Willi Paul Adams (Hg.), wie Anm. 24 Kap. 5, S. 371–374.

Bei der noch folgenden Untersuchung des Menschenrechtsbegriffs – im Kapitel über England im ausgehenden achtzehnten Jahrhundert – werden wir sehen, dass hier von interessierter Seite eine systematische Verwechslung vorgenommen wurde: Das Recht auf Bildung von Eigentum wurde verdreht zu einem Recht auf Wahrung von bereits bestehendem Eigentum. Das Menschenrecht aller Bürger auf Bildung von Eigentum müsste durch den Staat gesichert werden. Doch die, die sich durch dieses Recht in ihren Besitzständen bedroht fühlten, kehrten die Sache einfach um. Sie nahmen ein Recht auf den Erhalt des Status quo der Verteilung von Eigentum in Anspruch – als Abwehrrecht einer Minderheit von Besitzenden stand und steht es dem universellen Menschenrecht einer Mehrheit auf Eigentum diametral gegenüber.

War die bestehende ökonomische Macht legitim? Ließ sich der vorhandene Reichtum im Rahmen einer Verfassung legalisieren, die in ihrem Geltungsbereich allen Bürgern gleiche Rechte garantieren wollte? Wohl kaum. Die Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Eigentum, stellten den Status quo der Verteilung des Eigentums in Frage. Aus ebendiesem Grunde fochten die Föderalisten als Befürworter der unbeschränkten Akkumulation von Reichtum gegen die Aufnahme von Grundrechten in die Verfassung der USA.

Charles A. Beard hat in seiner bahnbrechenden ökonomischen Interpretation der Verfassung der USA²² gezeigt, dass die Föderalisten zu einem Großteil selbst zu den reicheren Personen gehörten. Dieser Zusammenhang war nicht allein verfassungspolitisch, sondern auch in Bezug auf Meinungsbildung und Wahltaktik von einiger Brisanz, mussten doch die Föderalisten, um eine Mehrheit für ihre Positionen zu gewinnen, im Konvent der dreizehn Bundesstaaten in Philadelphia auch solche Delegierte auf ihre Seite ziehen, die nicht zu den wirtschaftlich Mächtigen zählten. Deshalb versuchten die Föderalisten, in den oft erregten Debatten die Erwähnung des klassenkämpferischen Hintergrunds der Menschenrechtsfrage wenn möglich zu vermeiden. Stattdessen schoben sie andere Gründe für ihre Haltung vor. Hamilton zum Beispiel berief sich, in dem von ihm verfassten vierundachtzigsten Artikel der *Federalist Papers*, auf den Vorschlag für den Text der Präambel der Verfassung:

»Hier werden die Rechte des Volkes grundlegender anerkannt als durch dicke Bücher mit jenen Aphorismen, die in den Grundrechtekatalogen einiger unserer Staaten eine Hauptrolle spielen und die viel besser in eine Abhandlung über Ethik passen würden als in die Verfassung für eine Regierung. [...] Ich möchte noch weitergehen und behaupten, daß Grundrechtekataloge in dem Sinn und dem Umfang, wie sie gefordert werden, in der vorgeschlagenen Verfassung nicht nur unnötig, sondern sogar gefährlich wären.«²³

22 Charles A. Beard, wie Anm. 5 Kap. 5.

23 Alexander Hamilton: (o.T.) Artikel Nr. 84, in: Ders. (u.a.A.), wie Anm. 12 Kap. 5, S. 499–508, Zitat S. 502. Zum Vorgehen der Föderalisten siehe Jürgen Heideking: *Verfassungsgebung als*

Obwohl die Antiföderalisten den Kampf um die Bill of Rights schließlich 1791 gewannen, bleibt doch festzuhalten, dass es den Föderalisten zuvor gelungen war, die Verabschiedung der Amendments lange zu verzögern und zwei der ursprünglich zwölf geplanten Zusätze ganz zu verhindern. Dass sie sich bei ihrem Vorgehen auch un-demokratischer Methoden hatten bedienen müssen, liegt daran, dass ihr Modell für die künftige Gesellschaft dem widersprach, was viele Amerikaner im Unabhängigkeitskampf als gemeinsame Grunderfahrung verinnerlicht hatten. Wichtig war das gemeinsame Erlebnis religiöser Verfolgung in Europa, einer der Hauptgründe für die Auswanderung nach Nordamerika. Ähnlich fundamental für die gesellschaftliche Identitätsbildung war die Gefährdung von Grundrechten durch wirtschaftliche Monopole in den Ursprungsländern.

Was schließlich die Unabhängigkeitsbewegung auslöste, waren zum einen hohe Steuern, die ohne jede Beteiligung durch gewählte politische Vertretung der Kolonisten im englischen Mutterland erhoben wurden. Ein zweiter wichtiger Auslöser war die rücksichtslose Durchsetzung der Interessen privater Monopolisten wie der East India Company durch die englische Regierung. Beide Faktoren, der ökonomische und der politische, waren nicht voneinander zu trennen; die Verletzung des Grundrechts auf Schutz vor willkürlichen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen stand in direktem Zusammenhang mit der Schaffung wirtschaftlicher Monopole durch Einzelne und Gruppen. So verbot die englische Regierung im Interesse der englischen Handelsgesellschaften und monopolistischen Manufakturen in den Kolonien den freien Handel. Um diese »ökonomische« Grundrechtsverletzung durchzusetzen, griff das Mutterland fortlaufend in »nicht-ökonomische« Grundrechte ein; Habeas-Corpus-Rechte wurden beispielsweise durch willkürliche Festnahmen verletzt.

Die Erfahrung der Gleichzeitigkeit der Willkür des englischen Staatsapparates und der Willkür der englischen Monopole machte aus den Siedlern schließlich citizens of the United States. Typisch für das nicht zuletzt aus der doppelten Unterdrückung rührende antiföderalistische Verständnis von Menschenrechten war Jeffersons Kritik am föderalistischen Entwurf einer Verfassung für die Vereinigten Staaten. Ende des Jahres 1787, als die Verfassung noch ohne einen Katalog von Grundrechten zur Debatte im Raum stand, schrieb er an James Madison und wandte sich in einem Atemzug gegen den fehlenden Grundrechtsschutz vor staatlicher Willkür sowie gegen das Fehlen eines verfassungsrechtlich verankerten Monopolverbots:

politischer Prozeß. Ein neuer Blick auf die amerikanische Verfassungsdebatte der Jahre 1787–1791, in: Historische Zeitschrift, Bd. 246, H. 1, 1988, S. 47–88. Bei Heideking heißt es: »Solche Ausreden schürten aber lediglich den Verdacht der Antifederalists, die andere Seite führe etwas Böses im Schilde.« (S. 82)

»I will now add what I do not like. First the omission of a bill of rights providing clearly and without the aid of sophisms for freedom of religion, freedom of the press, protection against standing armies, restriction against monopolies, the eternal and unremitting force of the habeas corpus laws, and trials by jury in all matters of fact triable by the laws of the land and not by the law of nations.«²⁴

Was den Kolonisten eine neue politische Identität gab, was sie zu citizens of the United States machte – eben diese doppelte Repression – ließ zwei miteinander nicht vereinbare Konzepte der Neuordnung zu, die sich von völlig unterschiedlichen Wertvorstellungen nährten. Zum einen konnte die Erfahrung der Unterdrückung universalistisch gedeutet werden: Da man erkannt hatte, dass nicht allein englische, sondern Monopole an und für sich der Demokratie schaden, konnte sich der politische Wille bilden, eine Gesellschaft ganz ohne Monopole zu formen. Zum anderen konnte die Erfahrung der Unterdrückung partikularistisch gedeutet werden: Die Monopole Britanniens waren nur deshalb eine Gefahr, weil die eigene Nation den konkurrierenden Wirtschaftsmächten noch keine eigenen Monopole entgegensetzen konnte; weshalb es darauf ankam, solche selbst zu schaffen, um wachsenden Wohlstand und expandierende Macht in Amerika zu fördern. Den ersten Weg ging der starke, den zweiten der schwache Liberalismus.

Da sich die Position des schwachen Liberalismus, die mit einer wirtschaftsnationalistischen Politik verknüpft war, historisch durchsetzte, ist heute so gut wie vergessen, dass zu Beginn der Entwicklung die starkliberale Option eine echte Chance auf Verwirklichung gehabt hatte. Für ihren lange währenden Einfluss gibt es viele Indizien. Ein Großteil der wirtschaftlich Mächtigen hatte sich am Beginn der Unabhängigkeitsbewegung, aus Furcht vor dem »levelling spirit«, das heißt vor dem Egalitarismus der Revolutionäre, für eine Beibehaltung der Abhängigkeit von der englischen Krone und dem englischen Parlament ausgesprochen. 1774 schrieb Gouverneur Morris (1752–1816), seinerzeit Mitglied des New York Provincial Congress, in einem Brief an den Juristen John Penn (1741–1788):

»And if these instances of what with one side is policy, with the other perfidy, shall continue to increase, and become more frequent, farewell aristocracy. I see, and I see with fear and trembling, that if the disputes with Great Britain continue, we shall be under the worst of all possible dominions; we shall be under the domination of a riotuous mob. It is the interest of all men, therefore, to seek for reunion with the parent state.«²⁵

24 Thomas Jefferson: *Brief an James Madison*, 20. Dezember 1787, in: Merrill D. Peterson (Hg.), wie Anm. 16 Kap. 6, S. 915f. Auch in: Saul K. Padover (Hg.): *The Complete Jefferson. Containing his Major Writings, Published and Unpublished, Except his Letters*, New York 1943, S. 120.

25 Gouverneur Morris: *Brief an John Penn*, 20. Mai 1774, in: M. St. Claire Clark, Peter Force (Hg.): *American Archives*, 4. Reihe, Bd. I, Washington D.C. 1837, Sp. 343.

Nach der Unabhängigkeitserklärung verließen zahlreiche Loyalisten die jungen USA. Ein größerer Teil ging sogar nach England zurück und wurde dort für die verlorenen Besitztümer teilweise entschädigt. Durch die Enteignung der Loyalisten in den USA kam es zu einer gewissen Umverteilung von oben nach unten. Die Furcht blieb; viele Reiche ängstigten sich vor denen, die sie »Pöbel« nannten und davor, ihnen, wie von vielen angestrebt, Menschen- und Bürgerrechte – in erster Linie das allgemeine Wahlrecht – zu gewähren. Doch davon war man noch weit entfernt: Radikale Demokratisierung bedeutet nicht, dass ein Höchstmaß an individuellen Freiheiten erstrebt wird. Entscheidend ist nicht die heroische Proklamation; entscheidend ist, ob die neuen Rechte mit einer Architektur von Institutionen und Regeln verbunden werden, die diese Rechte einklagbar machen.

Der Entwurf solcher Institutionen zur Minimierung politischer und ökonomischer Macht tauchte in der neueren Geschichte zuerst bei den Levellern auf. Im Folgenden soll untersucht werden, inwieweit dieses Ziel hundertdreißig Jahre später in Pennsylvania, dem Staat mit der wohl radikalsten Verfassung der jungen USA, erreicht wurde. Im Vergleich zu den Levellern haben wir es hier mit einer neuen Dimension zu tun, da es nicht mehr nur um ein theoretisches Konzept, sondern um politische Praxis ging. Denn in Pennsylvania kam es 1776 zum ersten Mal zu einer Situation, in der Starkliberale, die eine Begrenzung staatlicher wie wirtschaftlicher Macht anstrebten, im Parlament eine Verfassung durchsetzen konnten, die genau dieses Ziel zu ihrem Inhalt hatte.

7.6 Das Verhältnis von Legislative, Judikative und Exekutive in der ersten Verfassung Pennsylvanias und in der Verfassung der USA

In Pennsylvania haben wir 1776 zum ersten Mal in der Geschichte den konkreten Fall, dass eine Reformbewegung, die staatliche Gewalt begrenzte und zugleich ökonomische Macht bekämpfte, eine gültige Verfassung durchsetzen und die Mehrheit im Parlament stellen konnten.

Die Gegner der Verfassung von Pennsylvania hatten immer wieder behauptet, die radikaldemokratische bzw. starkliberale Substanz des Dokuments werde zu einer unkontrollierbaren, ja allmächtigen Legislative führen. In Wirklichkeit verhielt es sich anders. Denn in dem Maße, in welchem die zu politischer Partizipation motivierenden Tendenzen der Verfassung zum Tragen kamen, wurde Gewaltenteilung verwirklicht. Umgekehrt wurde in dem Maße Gewaltenteilung verhindert, in welchem die Gegenmodelle zur Verfassung von Pennsylvania, allen voran die Bundesverfassung, aus Furcht vor dem Aufruhr des Volkes die Demokratie beschränkten.

So schrieb die Verfassung von Pennsylvania, jedenfalls im Vergleich zu den Verfassungen anderer Einzelstaaten und im Vergleich zur Verfassung der USA, einen